

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr*

**2008/2063(INI)**

29.5.2008

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr

für den Ausschuss für konstitutionelle Fragen

zu den neuen Aufgaben und Zuständigkeiten des Parlaments bei der  
Umsetzung des Vertrags von Lissabon  
(2008/2063(INI))

Verfasser der Stellungnahme (\*): Paolo Costa

(\*): Verfahren mit assoziierten Ausschüssen – Artikel 47 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ersucht den federführenden Ausschuss für konstitutionelle Fragen, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. erinnert daran, dass sich der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr seit vielen Jahren und in mehreren aufeinander folgenden Parlamenten mit einem großen Teil aller Rechtsvorschriften befasst hat, an denen das Europäische Parlament im Rahmen der Mitentscheidung beteiligt ist; weist darauf hin, dass die Mitentscheidungsdateien den größeren Teil der Arbeit des Verkehrsausschusses ausgemacht haben, obwohl die umfassendere politische Tätigkeit und die Erarbeitung von Stellungnahmen nicht vernachlässigt wurden; stellt fest, dass sich dies nicht ändern wird, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert ist und das normale Legislativverfahren Anwendung findet;
2. begrüßt die Einbeziehung des Tourismus als neuen Titel in den Vertrag von Lissabon; nimmt zur Kenntnis, dass Artikel 195 Absatz 1 des Vertrags von Lissabon vorsieht, dass die Union die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Fremdenverkehrssektor ergänzt, insbesondere durch eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der Union in diesem Sektor und somit eines positiven Umfelds für die Unternehmen sowie eines Austauschs bewährter Praktiken; begrüßt die neuen Befugnisse des Parlaments im Bereich des Fremdenverkehrs und hofft, dass diese zur Entwicklung einer neuen Tourismuspolitik für die Europäische Union beitragen werden;
3. begrüßt ferner die Bestimmung, dass für die Annahme von Legislativvorschlägen im Rahmen dieses Titels das normale Legislativverfahren Anwendung findet;
4. fordert die Kommission in diesem Zusammenhang mit Nachdruck auf, die Frage zu prüfen, ob Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen erforderlich sind, um die vom Parlament in seinen Entschließungen vom 8. September 2005<sup>1</sup> und 29. November 2007<sup>2</sup> zum Fremdenverkehr genannten Prioritäten umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Sammlung statistischer Informationen im Bereich des Fremdenverkehrs, eine europäische Klassifizierungsregelung bzw. Bestimmungen für die Unterbringung von Touristen sowie die Ausweitung von Verbraucherschutzbestimmungen auf alle Websites, die Urlaubsreisen anbieten; fordert ferner, Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen in diesem Bereich zu erarbeiten;
5. begrüßt die Tatsache, dass mit Artikel 189 des Vertrags von Lissabon eine Rechtsgrundlage für eine Europäische Raumfahrtspolitik und die Ausarbeitung eines europäischen Raumfahrtprogramms nach dem üblichen Legislativverfahren aufgenommen wurde;
6. ist der Auffassung, dass die mit dem Start von Raketen verbundenen Tätigkeiten sowie die dafür notwendigen Infrastrukturen Transporttätigkeiten sind, die somit unter Titel VI des Vertrags von Lissabon fallen und für die der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Parlaments federführend sein sollte; fordert, dass sich die Initiativen der Kommission

---

<sup>1</sup> ABl. C 193 E vom 17.8.2006, S. 325.

<sup>2</sup> Angenommene Texte, P6\_TA(2007)0575.

für dieses konkrete Segment des Raumfahrtsektors ausdrücklich auf diese Rechtsgrundlage stützen;

7. begrüßt die Tatsache, dass Artikel 207 Absatz 5 des Vertrags von Lissabon das Verfahren der Zustimmung auf internationale Luftverkehrsabkommen ausdehnt; fordert in diesem Zusammenhang nachdrücklich, dass die Artikel 83 und 84 der Geschäftsordnung des Parlaments vollständig genutzt werden, wonach das Parlament den Rat auffordern kann, Verhandlungen erst dann aufzunehmen, wenn das Parlament seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat, und das Parlament auf der Grundlage eines Berichts des zuständigen Ausschusses in jeder Phase der Verhandlungen Empfehlungen abgeben kann, die vor dem Abschluss der Verhandlungen zu berücksichtigen sind;
8. fordert eine Überarbeitung der Geschäftsordnung, um diese mit dem Vertrag von Lissabon in Einklang zu bringen, wobei der wesentliche Inhalt der Bestimmungen der Artikel 83 und 84 beibehalten werden sollte.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	29.5.2008
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :           23 - :           0 0 :           1
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Inés Ayala Sender, Paolo Costa, Arūnas Degutis, Petr Duchoň, Saïd El Khadraoui, Robert Evans, Emanuel Jardim Fernandes, Francesco Ferrari, Brigitte Fouré, Mathieu Grosch, Georg Jarzembowski, Timothy Kirkhope, Sepp Kusstatscher, Jörg Leichtfried, Marian-Jean Marinescu, Willi Piecyk, Paweł Bartłomiej Piskorski, Luís Queiró, Reinhard Rack, Brian Simpson
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Nathalie Griesbeck, Zita Gurmai, Leopold Józef Rutowicz
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Bart Staes